Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns im Monat Mai 2023 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR ZU POLITIK & TAGESGESCHEHEN



05. Mai 23

Neues von den grünen Rohrkrepierern: Vonovia kann Wärmepumpen nicht in Betrieb nehmen

Habecks Heizungs-Zwangspolitik scheitert schon an der Realität bevor sie überhaupt richtig begonnen hat: Im Januar 2022 legte Deutschlands größter Immobilienkonzern Vonovia ein Wärmepumpen-Sonderprogramm auf. Doch bereits installierte Geräte konnten bis heute nicht angeschlossen werden. Der Grund: Es steht nicht genügend Strom zur Verfügung!

Dabei setzt dieses Sonderprogramm sogar auf Photovoltaikanlagen: Die Gebäude sollen die Energie für die Wärmepumpen selbst erzeugen. Wie das gerade in der dunklen Jah-

reszeit funktionieren soll, bleibt offen. Doch die schöne Idee scheitert bereits an der Kapazität der Stromnetze.

Dieses schlecht durchdachte Konzept will Habeck allen deutschen Haushalten unter Strafandrohungen aufzwingen. Das kommt dabei heraus, wenn man einen Kinderbuchautor zum Wirtschaftsminister macht.

Quelle: FR online vom 05.05.23 "Stromnetze zu schwach: Vonovia kann Wärmepumpen nicht in Betrieb nehmen"

WAHLKREIS



05. Mai 23

Was für eine unverschämte Aneignung! In Mödlareuth wurde am Donnerstag der Grundstein für ein Mauermuseum gelegt:

Genauer:

- im Westen, auf der Westseite der früheren Mauer
- konzipiert und gebaut von Westfirmen (siehe Bild)
- mit Rednern, die ausschließlich aus dem Westen kommen.

Die Mitwirkung Ostdeutscher ist nicht erwünscht. Lediglich Landrat Fügmann aus dem angrenzenden Thüringer Saale-Orla-Kreis wurde verschämt um ein Schlusswort gebeten.

Selbst der Redner der Linken, deren Vorläufer die Mauer zu verantworten haben, kommt aus Niedersachsen. Ramelow hatte sichtlich Mühe, eine der für seine Reden obligatorische, weinerlich vorgetragene persönliche Erfahrung auszugraben. Seine erschütternde persönliche Erfahrung mit der Mauer bestand demnach darin, dass er seine Ostverwandten, einer davon Volkspolizist, vor dem Mauerfall nicht kennenlernte.

Doch es ging noch schlimmer: Die aus dem westdeutschen Bamberg stammende bayrische Ministerin Melanie Huml referierte wortreich über die traumatischen Erfahrungen der Ostdeutschen mit der Mauer. Geht's noch? Ließ sich nicht wenigstens für diesen Anlass ein Quoten-

Ossi auftreiben, der authentische, persönliche Erfahrungen hätte beisteuern können.

Westdeutsche Politiker, westdeutsche Firmen kapern die Historie der Ostdeutschen.

Wenn sich dieser Eindruck im Museum wiederspiegelt, dann wird man sich den Besuch wohl sparen können.



03. Mai 23

AfD-Bundestagsfraktion unterwegs: Heute in Meuselwitz, Altenburg und Eisenberg - Bürger im Gespräch mit Ihren AfD-Bundestagsabgeordneten!



AFD LANDESPARTEITAG THURINGEN KAUFMANN TRIFFT BRANDNER

06. Mai 23

Am Rande des AfD- Landesparteitags:

Kaufmann und Brandner im Gespräch über den Irrsinn der EU, das Bürgermobil, Insekten und den Landesparteitag. Das Video: https://www.facebook.com/watch/?v=3440343209572277





1. Juli 23: Impressionen vom Detscherfest In Saalfeld-Rudolstadt. Der AfD- Gebietsverband Saalfeld-Rudolstadt durfte zum ersten Mal teilnehmen. Danke an alle Besucher unseres Standes!



Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 19/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR ZU POLITIK & TAGESGESCHEHEN



09. Mai 23

Die AfD ist die Volkspartei des Ostens:

Die aktuelle Umfrage von INSA bestätigt den schon länger anhaltenden Trend: Die AfD ist in den östlichen Bundesländern (Ausnahme: Sonderfall Berlin) die stärkste Kraft. Spitzenreiter sind Sachsen und natürlich Thüringen. Bevormundungen und Belehrungen aus dem Westen kommen hier nicht gut an, deswegen haben schon viele aus der politisch-medialen Blase im Westen die Flächenländer im Osten so gut wie abgeschrieben. Durch die Erfahrungen mit der DDR sind die Bürger sensibilisiert für alle Gefahren für die Demokratie. Argwöhnisch wird registriert, wie die Ampel-Koalition immer weiter in die privatesten Bereiche hinein regieren will. So lange freie

Wahlen noch möglich sind, wird der Widerstand gegen diesen neuen Totalitarismus in die Wahlkabinen getragen. Im nächsten Jahr sind wieder Wahlen, da gibt es die Quittung. Da wird sich auszahlen, dass die AfD in den Landtagen eine vernunftgeleitete bürgernahe Politik betrieben hat. Es ist Zeit für die erste Regierungsbeteiligung!



10. Mai 23

Die FDP wird zum Ausfall für die Freiheit!

Große Töne twittern, in der Ampel kuschen! Seit Bestehen der Ampel-Koalition befinden sich die Umfragewerte der FDP im freien Fall. Und das mit gutem Grund: Die Wähler erinnern sich, dass im Wahlkampf eine ganz andere Politik versprochen wurde und nun trägt die FDP in den entscheidenden Abstimmungen alle ökosozialistische Träumereien mit. Doch jetzt, da der Mittelstand geopfert und es allen Bürgern an die Brieftasche geht, tut die FDP so, als sei sie in der Opposition. Lindner twittert sich die Finger wund: "Weniger Belastungen und weniger Bürokratie - dafür mehr Tempo". "Tempo" gibt es derzeit aber nur für die grünen Enteignungspläne."Wir haben eine

sehr hohe Inflation und wenn der Staat auf Pump dauerhaft seine Ausgaben erhöht, dann werden wir die Inflation weiter anheizen" — das ist richtig, nur trägt die FDP genau diese Politik mit.

Die Situationsbeschreibung ist korrekt, aber wenn Christian Lindner den Eindruck vermitteln möchte, seine FDP bremse diese wahnwitzige Politik, lügt er vorsätzlich.

Wer keinen Ökosozialismus will, kann nicht auf solche Wendehälse setzen. Es gibt nur eine Alternative, und die trägt das bereits im Namen.

PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

Mittwoch

Befragung der Bundesregierung mit Hubertus Heil, Arbeit & Soziales und Dr. Volker Wissing, Digitales & Verkehr

- Hubertus Heil in seiner Einführung: Das Kabinett habe den Berufsbildungsbericht von Min. Stark-Watzinger (Bildung, Forschung) beraten. Schlechte Nachrichten: 1,6 Mio. Menschen (1,5 Mio. bis 34 Jahre) sind ohne erste Berufsausbildung. Er warb für die Allianz für Ausbildung aus dem WIMI, für die Exzellenzinitiative für Berufl. Bildung, für das Gesetz für Aus- und Weiterbildung...: "Wir wollen keine jungen Leute verlieren." Ggf. solle es einen Rechtsanspruch für überbetriebliche Ausbildung geben. Es besteht also einerseits Fachkräftemangel, während es gleichzeitig viel zu viel minder qualifizierte junge Menschen am Arbeitsmarkt gibt. Und bei der Lösung all dieser Probleme sollen natürlich Gesetze helfen.
- Dr. Volker Wissing in der Regierungsbefragung: Man käme gut voran bei der Digitalstrategie der Bundesregierung, auch bei der Gigabitstrategie sei man voll im Plan: Hier geht es um die Erschließung mit Glasfaserkabel bis in die Gemeinden, denn das ist Voraussetzung für 5G-Mobilfunk. Im Bereich KI wurde auf Ministerebene beschlossen, in der EU einen Regulierungsrahmen für künstl. Intelligenz zu schaffen, es geht also darum, das Wirtschaftswachstum zu begrüßen, allerdings soll die Politik den politisch korrekten Korridor des Wachstums vorgeben. Beim Schienennetz läuft eine Hochleistungssanierung (Planungs- und Genehmigungs-Beschleunigungsgesetz), Engpässe beim Autobahnnetz sollen schnell behoben werden, mit dem 49-Euro-Ticket habe man innerhalb eines Monats 20% mehr Abonnenten im ÖPNV bekommen. Es gibt eine nationale Hafenstrategie und die Elektromobilität erfreut sich immer weiterer Ladestationen.
- In einem Wort: Das Verkehrsministerium ist also auf der Überholspur, was die Umsetzung der Staatswirtschaft anbelangt.
- In der Befragung stellte sich heraus, dass sich Minister Wissing mit den Klimaklebern der kriminellen Organisation "Letzte Generation" getroffen hatte.
- Minister Heil unterstrich in der Befragung erneut, dass ausländische Zuwanderung von Fachkräften von Nöten ist, wobei er allerdings unterschlug, dass allein jedes Jahr zehntausende Deutsche auswandern, nämlich mehrheitlich Akademiker.



- Wenn es nicht zu ernst wäre, so könnte man wirklich lachen, denn erneut stand das Thema Vetternwirtschaft, Graichen, dena und weiteres auf der Tagesordnung. Volker Wissing habe ohne Ausschreibung seinen FDP-Freund Stefan Birkner zum neuen Geschäftsführer der Autobahn AG gemacht, der wiederum ein "Schwippschwager" von Robert Habeck sei, so Ulrich Lange von der CDU.
- Bei der dena (Deutsche Energie-Agentur) ruderte Robert Habeck ja mittlerweile zurück und der Trauzeuge des parl. Staatssekretärs, Michael Schäfer muss seinen Chef-Posten räumen.

Allgem. Fragestunde, Ressort Verkehr und Digitales mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Michael Theurer

- Auch hier griff Stephan Brandner die Vetternwirtschaft in der Bundesregierung auf: Auch im FDP-geführten-Ministerium wurden 18 Posten ohne Ausschreibung vergeben, davon fünf Abteilungsleiter, davon vier FDP-Leute, was hat die eingestellten Personen dazu befähigt, diese Ämter zu bekleiden, und wie sind diese vier Stellen besoldet?, so seine Frage, diese blieb jedoch ohne inhaltliche Antwort.
- Recht heiter ging es aufgrund Brandners Schlagfertigkeit auch beim Thema einer 4. EU-Führerscheinrichtlinie weiter: Diese sieht vor, dass voraussichtlich ab 70 Jahren PKW- und Motorrad-Führerscheininhaber einer verpflichtenden regelmäßigen Gesundheitskontrolle unterliegen sollen. Staatssekr. Theurer konnte darlegen, dass die Bundesregierung sich im Rat gegen diesen Vorschlag wendet. Er meinte: "Es gibt keine Studien, die belegen, dass das 70. Lebensjahr exakt die Grenze ist, ab der es" Zwischenruf Stephan Brandner: "... bergab geht…" Theurer weiter: "...einen erhöhten Kontrollbedarf gibt. "
- Verschiedene Fragen des Abg. Henning Rehbaum, CDU ergaben, dass die Bundesregierung den Lang-LkW fördert und zur Norm machen will.

In der PK der AfD vom Mittwochmorgen hatte Alice Weidel schon weitere Skandale im Wirtschaftsministerium aufgedeckt. Allein 40 neue Stellen hatte Habeck für Vertraute in seinem Ministerium geschaffen.

Aktuelle Stunde auf Antrag der CDU zum Thema "Habecks grüne Familienclique"

- In dieser forderte sie einen Untersuchungsausschuss, nachdem dies in der Vorwoche bereits die AfD verlangt hatte und nachdem Minister Habeck immer noch keine relevanten Schritte unternommen hat, außer das Bauernopfer Michael Schäfer zu präsentieren.
- Allerdings brachte es Tino Chrupalla in seiner Rede auf "des Pudels Kern": Wird die Energiewende, die unseren Wohlstand zerstört, von fremden Kapitalinteressen gesteuert? Die Grünen werfen unser Land den Oligarchen zum Fraß vor. Er ging in der Beleuchtung der Hintergründe für die Deindustrialisierung Deutschlands noch einen Schritt tiefer in den Kaninchenbau, die Rede hat gesessen: https://dbtg.tv/cvid/7553528.

In 2. und 3. Lesung wurde schließlich der CDU-Antrag "Technologieagenda Neue Energien (20/44315) abgelehnt.

• Prof. Michael Kaufmann betonte in seiner zweiten Rede zu dieser Initiative erneut, dass das Fördern von neuen Energien zu begrüßen wäre. Aber tatsächlich blendet der Antrag das Wichtigste aus: Man findet kein Wort zu CO2-neutraler Kernforschung über Reaktoren der IV und V Generation, kein Wort zu verbesserter Filtertechnik für konventionelle Kohle und Gaskraftwerke, und auch die beabsichtigten Wege in die Abhängigkeit von anderen Ländern (z.B. grüner Wasserstoff aus Afrika, Anm. der Verfasserin), lassen keine nachhaltige Strategie der Energieversorgung für unser Land erkennen, geschweige denn eine ergebnisoffene Forschungsförderung.

Ampel-Antrag 20/6709: Einsetzung eines Bürgerrates zum Schwerpunkt Ernährung, Nachhaltigkeit, Klima und Tierhaltung

- Beim nächsten Thema erkannten wir den Fehler im System: die Republik benötigt keine weiteren Gremien, Arbeitskreise, Demokratiefördergesetze oder handverlesene Debattierclubs, es braucht hier einfach nur mehr Transparenz und Selbstbestimmung des mündigen Bürgers.
- Die Anpel konnte ihren Antrag in namentlicher Abstimmung allerdings gegen die Opposition von CDU und AfD durchsetzen
- Also sollen nun ab September 160 angeblich ausgeloste Bürger, die aber wiederum einem bestimmtes "Diversitäts- oder Paritätsschema" entsprechen müssen, als Politikberater fungieren. Und tatsächlich ist das, was wir alle leidvoll erfahren haben: die Politiker haben keine Ahnung.

Antrag 20/6708 der AfD: "Mehr Demokratie wagen – Echte Bürgerbeteiligung durch bundesweite Volksentscheide statt deliberative Bürgerräte"

- Der in direkten Zusammenhang stehende Antrag wurde auch in namentlicher Abstimmung entschieden, allerdings mit einiger Front gegen die AfD.
- Götz Frömming in seiner Rede: Bürgerräte sind nicht demokratisch legitimiert.



• Die Regierung hat einen Verein zur Auswahl der neuen Politikberater ausgesucht, der die Zusammenarbeit mit der AfD ablehnt. Das ist so durchschaubar, der Bürger hat diese Tricksereien erkannt und belohnt sie mit wachsenden Umfragewerten für die AfD.

In erster Lesung beraten wurde der AfD-Antrag 20/6702, Verbot der Organisation "Letzte Generation".

- Stephan Brandner in seiner Rede: Art. 9 Abs. 2 GG formuliert: Vereinigungen, deren Zwecke oder Tätigkeiten dem Strafgesetz zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten, sind verboten.
- Der Ausschuss für Inneres und Heimat berät.

Donnerstag:

Gedenkveranstaltung an den Einzug der Nationalversammlung in die Paulskirche vor 175 Jahren

- Es war das erste gesamtdeutsche und freigewählte Parlament. Und es waren glühende Patrioten, die sich damals zur verfassungsgebenden Versammlung zusammentrafen. Sie hätten sich, in unsere Zeit übertragen, wohl einen Eintrag im Bericht des Verfassungsschutzes eingehandelt, so Götz Frömming in seiner Rede. Und weiter: Parteien gab es damals noch nicht, man benannte seine Gruppierung nach den Orten, an denen man sich immer traf, so z.B. die Casino-Fraktion, zu der auch Heinrich von Gagern gehörte, der Präsident der Frankfurter Nationalversammlung.
- Es war die Geburtsstunde der Grundrechte "Versammlungs- Meinungs- und Pressefreiheit", die damals von der Obrigkeit nicht gewährt wurden und deshalb eine so zentrale Rolle in der Paulskirchenverfassung einnahmen. Sie stehen auch fast wörtlich in unserem Grundgesetz als Abwehrrechte gegen den Staat. Wie kann man daher heute das Erbe der Paulskirche beweihräuchern und es morgen wieder mit Füßen treten wenn diese mit Ausrufung einer Pandemie einfach wieder aufgehoben werden können?
- Auch das war der Grund der AfD, ihren Fraktionssitzungssaal in Saal Paulskirche zu benennen, denn die Tradition darf nicht vergessen werden.

AfD-Antrag 20/6611 aus dem Wirtschaftsausschuss "Akademische und berufliche Bildung gleichstellen – Unser Land braucht Meister"

- Der Antrag wurde in 1. Lesung debattiert und in den Ausschuss Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.
- Nicole Höchst: die Meisterausbildung muss kostenfrei werden. Bayern hat am 3. März d.J. eine entsprechende Entschließung im Bundesrat betrieben, und auch Thüringen hat inzwischen zugestimmt. Und die AfD legt nun zur Behebung des grassierenden Fachkräftemangels die im Bundesrat beschlossene Entschließung sinngemäß im Antrag vor.
- Ihr Schlusssatz: Diese Ampelregierung ist nicht nur politisch insolvent, sie regiert uns leider auch noch.

Handlungskonzept Quantentechnologien der Bundesregierung 20/6610

- Der Parl. Staatssekretär Mario Brandenburg, FDP führte aus in FDP-Manier: Der Staat, also das BMWK mit Hilfe des DLR (Institut für Datenwissenschaften) fördert start-ups, fördert Private-public-Partnerships und das BMAS kann Fachkräfte gewinnen, ausbilden oder anwerben. So geht Wirtschaft Hand in Hand mit Staatsinteressen.
- Michael Kaufmann, AfD: Zumindest gehört Deutschland immer noch zur Weltspitze, was Patentanmeldungen angeht. Aber Zukunftstechnologien müssen frei von ideologischen Vorgaben sein. Und dazu gehört auch, dass Hochqualifizierte bei uns gehalten werden können, die aber gerade aktuell in beängstigend großer Zahl abwandern. Denkkorridore, Genderscheren im Kopf
 oder gar Verbote bestimmter Technologien wirken abschreckend. Allein im Jahr 2021 haben im Saldo 64.000 Menschen unser
 Land verlassen. Freiheit der Forschung steht aktuell im krassen Gegensatz zu der quasi von Selbstzerstörung beseelten Bundesregierung.

1. Lesung & Beratung: AfD-Antrag 20/6717 "Grenzschutzzäune gemeinsam finanzieren – Gemeinsam gegen illegale Einwanderung vorgehen"

- Die Bundesregierung soll sich zusammen mit Österreich, Polen, Ungarn, den baltischen Staaten und anderen Partnern dafür einsetzen, dass Grenzschutzzäune und andere physische Barrieren zur Abwehr illegaler Migration an den EU-Außengrenzen im Rahmen eines gemeinsamen zwischenstaatlichen Fonds finanziert werden.
- Der Innenausschuss berät.

Die Koa unter Beteiligung der CDU hielt die Erinnerungskultur mit dem Antrag 20/6710 "Mahnmal für die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Zeugen Jehovas" wach

- Das Mahnmal soll in Berlin errichtet werden
- Im Ausschuss wird weiter beraten.



Zum Ende des Donnerstag gegen 23:00 Uhr thematisierten die Linken ein medizinisches Problem: Medizinische Versorgung von Lipödem-Betroffenen 20/6712

- Etwa jede 10. Frau sei davon in Deutschland betroffen, die Ursache sei unbekannt, die Fettabsaugung werde von der Krankenkasse nur in Stadium III übernommen. Es sollen Forschungsmittel zur Verfügung gestellt werden, durch Aufklärungskampagnen Mädchen und Frauen informiert werden und die Kosten für eine Liposuktion auch im Stadium I und II übernommen werden.
- Der Gesundheitsausschuss berät.

Freitag

- Vereinbarten Debatte zum 75. Gründungstag des Staates Israel.
- Matthias Moosdorf warf der Bundesregierung vor, den Antisemitismus mitzufinanzieren, ob in den Schulbüchern der Westbank oder in den Veranstaltungen der "Rosa-Luxemburg-Stiftung".
- Bei einer Intervention in der Debatte sprach B. von Storch den FDP-Mann Christian Dürr auf die verlogene Haltung der Bundesregierung, explizit SPD und auch CDU im UN-Rat ggü. Israel an. Was selbst die FDP schon in der letzten Legislatur moniert hatte: Obwohl alle hier nun unisono das hohe Lied auf den Staat Israel singen, verurteilen sie Israel im UN Menschenrechtsrat dauerhaft. 95 Verurteilungen wurden im Rat beschlossen, mit SPD und CDU immer an der Seite der UN. FDP-Mann Dürr konterte, indem er nicht auf die Frage antwortete, sondern indem er von der Hisbollah im Iran erzählte, die gegen den Staat Israel kämpft, von Putin unterstützt wird und daher die AfD, als sog. Putin-Versteher die Ursache dieses Übels seien...

Antrag 20/6712 der Koalition: "75 Jahre WHO – Stärkung und Reform der Weltgesundheitsorganisation"

- Der Antrag fordert eine Erhöhung der deutschen Beiträge auf einen Anteil von 50 Prozent des Kernbudgets der WHO bis spätestens 2030 / 2031.
- Mehr Geld aus Deutschland, aber kaum Einfluss auf diese NGO, das ist ein Skandal. Laut wissenschaftlichem Dienst des Bundestags sind etwa 20 Prozent der Mittel der WHO Pflichtbeiträge, 80 Prozent sind meist zweckgebundene Spenden von Stiftungen, Konzernen, Regierungen und anderen. Zum Zweijahreshaushalt 2018/19 von 5,84 Mrd. Dollar (als Beispiel) trugen die Bill & Melinda Gates Stiftung und die von dieser Stiftung gegründete GAVI-Impfallianz zusammen mit 844 Mio Dollar knapp 15 Prozent bei. Der Beitrag von Deutschland betrug im Jahr 2021 allein 1,26 Mrd. USD.
- Zur Information: Ein im Februar verabschiedeter interner Prüfbericht der WHO zur Verschärfung der IHR (Internationale Gesundheitsrichtlinien) lehnte wichtige, von den USA eingebrachte Passagen ab. Ausschlaggebend in dieser Kommission waren hier hauptsächlich nicht industrialisierte Länder. Jedoch wird erst in der 76. Vollversammlung Ende Mai sowohl über die IHR, als auch über einen sog. Pandemievertrag entschieden, welcher Vorgaben der WHO zur Gesetzeskraft für alle Mitglieder deklarieren könnte ohne Widerspruchsrecht. Der Antrag der Regierungs-Koalition spricht der WHO außerdem auch Handlungskompetenzen zu für gesundheitliche Auswirkungen der "Klimakrise".
- Der Antrag erhielt in einer von der AfD anberaumten namentlichen Abstimmung Unterstützung von allen Fraktionen, nur die AfD widersprach.

In erster Lesung wurde die Idee der Linken beraten: "Recht auf Wohnungstausch einführen" 20/6714.

- Tauschwilligen Mietern soll es nach Vorstellungen der Fraktionen ermöglicht werden, etwa aus "zu großen" in kleinere Wohnungen zu ziehen und umgekehrt. Dabei sollen die bestehenden Mietverträge jeweils ohne Mieterhöhung übernommen werden können.
- Lustiger Einfall, der Rechtsausschuss berät.

Das Husarenstück im Dez. 2022 von Außenministerin Baerbock und der Kulturstaatsministerin Claudia Roth, nämlich Benin Bronzen an die alte – ausdrücklich nicht deutsche Kolonie – Nigeria zurückzugeben, während der Staat Nigeria dann nichts anderes zu tun hatte, als sie dem Oba (König) des –ehemaligen Königreichs Benin- also einer Privatperson zu übereignen, war Anlass für die letzte Aktuelle Stunde in dieser Woche und damit auch für den letzten Tagesordnungspunkt.

- Deutschland habe sich vor der Welt blamiert, so der AfD-Kulturpolitiker Marc Jongen. Er sah darin zugleich ein Symptom für das Regierungshandeln auf anderen Politikfeldern: die Regierung vertreibt die Wirtschaft und schröpft die Menschen.
- Kollege Matthias Moosdorf sagte, die Regierung habe vier Millionen Euro für den Museumsbau vergeudet, Kulturstaatsministerin Claudia Roth muss zurücktreten. Er verlangte, die weitere Ausfuhr von Kunstschätzen zu stoppen.
- So stolpert diese Regierung von einer Blamage und einem Skandal in das nächste Fettnäpfchen. Eben Dilettantismus auf allen Ebenen.





11. Mai 23

Gestern wurde im Deutschen Bundestag ein Antrag der CDU/CSU debattiert, der sich einer "Technologieagenda Neue Energien" widmete.

Es war beschämend, wie die Union mit diesem Antrag versuchte, sich bei den Grünen anzubiedern. Das traf dort erwartungsgemäß auf keine Gegenliebe. Es bringt einfach nichts, grüner als die Grünen sein zu wollen.

Die Union sollte lieber wieder zu ihren alten Werten, Pragmatismus und Vernunft, zurückkehren. Das bedeutet in diesem Zusammenhang, Energiepolitik wirklich technologieoffen zu gestalten.

Hören Sie hier meine Rede, die sich vor allem an die Adresse der Union richtet. Nur eine Koalition der Vernunft kann unser Land vor weiterem Schaden bewahren. Die Rede finden Sie hier: https://www.facebook.com/ watch/?v=584528040446792



12. Mai 23

Gestern wurde im Deutschen Bundestag

das Handlungskonzept Quantentechnologie der Bundesregierung besprochen.

Inhaltlich enthält das Papier durchaus brauchbare Ansätze. Wäre da nur nicht die Sorge, dass gerade diese Regierung denkbar ungeeignet ist, das alles umzusetzen.

Hören Sie hier meine Rede, in der ich die Bundesregierung daran erinnere, zunächst wieder die grundlegenden Voraussetzungen für ein so anspruchsvolles Programm zu schaffen.

Meine Rede: https://www.facebook.com/watch/?v=1103516264370501



14. Mai 23

Die Clan-Mentalität in Habecks Ministerium hat natürlich erneut den Bundestag beschäftigt. Hier braucht es dringend eine lückenlose Aufklärung und personelle Konsequenzen, denn der Filz reicht deutlich tiefer als nur bis zur Trauzeugen-Affäre. Weitere Themen in diesem Video:

- sinnlose Anbiederung der Union bei den Grünen
- Realitätsverweigerung in der Migrationsfrage
- und meine Kollegin Nicole Höchst

führt die gesamte Riege der Altparteien vor, indem sie einen Antrag einbringt, der im Bundesrat bereits einstimmige Zustimmung fand.

https://www.facebook.com/watch/?v=269279408904271



13. Mai 23

Microsoft schließt einen Vertrag mit Helion Energy zur Lieferung von Strom aus Kernfusion ab 2028.

Wenn die Kernfusion tatsächlich bis 2028 großtechnisch verfügbar ist, dann sind alle Bemühungen um sogenannte Erneuerbare Energien hinfällig. Lesen Sie mehr:

 $\frac{https://www.reuters.com/technology/microsoft-buy-power-nucle-ar-fusion-company-helion-2023-05-10/?s=09}{}$

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 20/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen, Michael Maufwann

KOMMENTAR ZU POLITIK & TAGESGESCHEHEN



18. Mai 23 Habeck muss weg!

Erst noch wollte Robert Habeck seinen Freund Patrick Graichen auf jeden Fall decken, dann wurde der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium entlassen. Ein Bauernopfer, das erahnen lässt, wie weit der Personal-Sumpf in grün regierten Ministerien reicht.

Ein Grund mehr, genauer hinzusehen. Das Problem ist nicht nur die Vetternwirtschaft und dass Einzelne sich auf Kosten der Steuerzahler die Taschen voll machen. Das allein wäre schon schlimm genug, aber angesichts der drastischen Auswirkungen der Energie- und Wärmewende muss endlich ans Tageslicht, wer von der radikalen Deindustrialisierung unseres Landes profitiert und wer diesen Angriff auf unseren Wohl-

stand fördert.

Habeck hat noch viele Graichen im Keller... Jetzt gilt es, die politische Notbremse zu ziehen und alle Machenschaften an die Öffentlichkeit zu bringen!

MEINE SCHRIFTLICHEN FRAGEN IM MONAT APRIL:

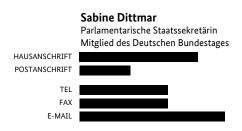
09. Mai 23

An das Bundesministerium für Gesundheit, Arbeitsnummer 4/488



Bundesministerium für Gesundheit, 11055 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages Herrn Prof. Dr. Michael Kaufmann 11011 Berlin



Berlin, 9. Mai 2023

Schriftliche Frage im Monat April 2023 Arbeitsnummer 4/488

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 4/488:

Welche fachliche Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Standpunkten zur Coronapandemie und zur Covid-Impfung, die den Standpunkten der Experten, die die Bundesregierung in diesen Fragen beraten haben, diametral entgegengesetzt waren (unter anderen, aber nicht nur: John Ioannidis, Great Barrington Declaration, Sucharit Bhakdi, Robert Malone) wurde der Bundesregierung seinerzeit vorgelegt, vor dem Hintergrund, dass Prof. Christian Drosten bei der Veranstaltung "Von der Zoonose zur Pandemie" den Standpunkt vertreten hat, dass diese Auseinandersetzung sehr wohl stattgefunden hat (Bei Veröffentlichung bitte Nennung der Quellen, bei internen Papieren, bitte Zurverfügungstellung) und welche Aussagen und Argumente der jeweiligen Experten waren letztlich ausschlaggebend dafür, dass die Bundesregierung konträre Expertenmeinungen zum Umgang mit der Pandemie (angemahnt wurde von zahlreichen Fachwissenschaftlern ein maßvollerer Umgang mit den Coronamaßnahmen) und der Impfung (zahlreiche Fachwissenschaftler hatten seinerzeit vor Gefahren und Nebenwirkungen insbesondere der mRNA-Impfung gewarnt) verworfen hat?

Antwort:

Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie zielten auf den Schutz der Bevölkerung, insbesondere auf den Schutz vulnerabler Gruppen, auf die Vermeidung schwerer Krankheitsverläufe und auf die Verhinderung der Überlastung der kritischen Infrastruktur ab. Unter Berücksichtigung der jeweils vorherrschenden Variante in Bezug auf die Krankheitsschwere, des Infektionsgeschehens und der zunehmenden Grundimmunität der Bevölkerung wurden die jeweiligen Maßnahmen im Verlauf der Pandemie kontinuierlich evaluiert und angepasst.

Seite 2 von 2

Die Entscheidung zum Einsatz von COVID-19-Impfstoffen zur Bekämpfung der Pandemie hat die Bundesregierung auf die Einschätzung des zuständigen Ausschusses für Humanarzneimittel bei der Europäischen Arzneimittel-Agentur und die daran geknüpfte Erteilung der Genehmigung für das Inverkehrbringen gestützt, die auf eine gemeinsame wissenschaftliche Bewertung von präklinischen und klinischen Daten durch Expertinnen und Experten der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zurückgeht. Im zentralen Zulassungsverfahren wurden Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der COVID-19-Impfstoffe geprüft sowie ein positives Nutzen-Risiko-Verhältnis bescheinigt, das fortlaufend überprüft und bewertet wird. In diesem Zusammenhang wird auf die öffentlich zugänglichen Bewertungsberichte und Produktinformationstexte verwiesen (https://www.ema.europa.eu/en/human-regulatory/overview/public-health-threats/coronavirus-disease-covid-19/treatments-vaccines/vaccines-covid-19/covid-19-vaccines-authorised).

In Deutschland werden Impfempfehlungen zudem von der Ständigen Impfkommission (STIKO) entwickelt. Diese berücksichtigt dabei nicht nur den Nutzen der Impfung für das geimpfte Individuum, sondern auch für die gesamte Bevölkerung. Die STIKO orientiert sich an den Kriterien der evidenzbasierten Medizin. Während für die Zulassung einer Impfung deren Wirksamkeit, deren Unbedenklichkeit und pharmazeutische Qualität relevant sind, analysiert die STIKO darauf aufbauend neben dem individuellen Nutzen-Risiko-Verhältnis auch die Epidemiologie auf Bevölkerungsebene und die Effekte einer flächendeckenden Impfstrategie für Deutschland. Ziel ist es, die Impfempfehlungen an neue Impfstoffentwicklungen und Erkenntnisse aus der Forschung optimal anpassen zu können. STIKO-Empfehlungen gelten als medizinischer Standard. Zudem handelt es sich bei der STIKO um ein unabhängiges Expertengremium.

Der in der Frage exemplarisch genannte Mikrobiologe Sucharit Bhakdi hat weder zu Coronaviren und damit verbundenen epidemiologischen Themen geforscht noch publiziert. Zudem konnten Ioannidis et al ("Assessing mandatory stay-at-home and business closure effects on the spread of COVID-19"; https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/33400268/) zeigen, dass sog. nicht-pharmazeutische Maßnahmen (also z. B. Kontaktreduktionen) zur Reduktion des Infektionsgeschehens in der COVID-19-Pandemie in den verschiedenen Ländern beigetragen haben. Zu diesem Ergebnis kamen auch andere nationale und internationale Studien (Iezadi S et al., 2021; Mendez-Brito A, El Bcheraoui C, & Pozo-Martin F, 2021).

Nach jüngsten Berechnungen der Weltgesundheitsorganisation konnten durch COVID-19-Impfungen alleine in Europa eine Million Menschenleben gerettet werden (April 2023, https://drive.google.com/file/d/18Q58-zOcz2Z BZX4YwJ19oekSqwAkk24/view).

Mit freundlichen Grüßen





Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 11019 Berlin

Herrn Dr. Michael Kaufmann Mitglied des Deutschen Bundestages Platz der Republik 1 11011 Berlin Staatssekretär

Dr. Patrick Graichen

www.bmwk.de

Schriftliche Fragen an die Bundesregierung im Monat April 2023 Frage Nr. 4/439

Berlin, 05. Mai 2023 Seite 1 von 2

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

namens der Bundesregierung beantworte ich Ihre Frage wie folgt:

Frage:

Wie viele Arbeitsplätze werden nach Berechnungen Bundeswirtschaftsministeriums in Deutschland verloren gehen (bitte auch das Auftragsvolumen angeben), wenn "die leicht zu kopierende energieintensive Industrie" aus Deutschland in Länder abwandert, wo deutlich geringere Energiekosten anfallen, wie es Staatssekretär Patrick Graichen im Juni 2022 in einem Interview mit "Clean up" als Szenario wahrscheinliches angekündigt hat (https://www.cleaningup.live/ep88-patrick-graichen-germanyssecretary-of-state-for-the-energiewende/ und https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/staatssekretaergraichen-energieintensive-firmen-auswandern/), und wie gedenkt die Bundesregierung zu verhindern, dass die energieintensive Industrie für komplexere Produkte ebenfalls dorthin abwandert, wo Energie erheblich günstiger ist als in Deutschland?

Antwort:

Die Aussage von Staatssekretär Graichen ist falsch wiedergegeben. Er hat dies als mögliches Szenario beschrieben, und dafür argumentiert, dass deswegen

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Nähere Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten im BMWK können Sie der Datenschutzerklärung auf www.bmwk.de/Datenschutzerklärung entnehmen.





Seite 2 von 2

eine aktive Industriepolitik notwendig ist, um den Industriestandort Deutschland zu sichern.

Die Industrie in Deutschland ist mit etwa 855 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung und rund zehn Millionen Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe und der Bauwirtschaft ein Pfeiler des Wohlstands in Deutschland. Eine Abwanderung dieser und im speziellen auch der energieintensiven Industrien wird durch die Bewahrung des starken Industriestandortes Deutschland verhindert. Maßgeblich hierfür sind vor allem verlässliche Rahmenbedingungen und Standortvorteile im internationalen Wettbewerb. Unter anderem ist dafür gewichtig, dass die benötigte Energie, zum Beispiel durch einen Industriestrompreis, zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung steht. Die Bundesregierung setzt auf marktwirtschaftliche Instrumente, sinnvolle Regulierungen und zielgerichtete Förderinstrumente, um diese Grundvoraussetzung zu gewähren. Im Ergebnis zielt die Politik der Bundesregierung darauf ab, dass der Standort gestärkt wird und die Arbeitsplätze in der Industrie vollumfänglich erhalten bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Tahis fraile Dr. Patrick Graichen



POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Nur per E-Mail:

Mitglied des Deutschen Bundestages Herrn Prof. Dr. Michael Kaufmann Platz der Republik 1 11011 Berlin

Dr. Florian Toncar Parlamentarische Staatssekretär



BETREFF Ihre schriftliche Frage Nr. 440 für den Monat April 2023

@ II E 3 - H 1323/23/10001 :009

2023/0429114

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Frage,

"Mit welchen konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung (bitte unter Angabe des Zeitrahmens), die im Ergänzungsband "Bemerkungen 2022 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes" (Bundestagsdrucksache 20/6530 - Seite 10-16) vom Bundesrechnungshof aufgeführten erheblichen Mängel bei Einnahmenbuchhaltung und Forderungsmanagement des Bundes zu beheben, und wie erklärt die Bundesregierung die jahrelange Nachlässigkeit in diesem Bereich, die nach meiner Auffassung für jedes privatwirtschaftliche Unternehmen gravierende steuerrechtliche Konsequenzen hätte?",

beantworte ich wie folgt:

Die Einnahmen des Bundes werden centgenau und titelscharf im kameralen automatisierten Verfahren für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen des Bundes verbucht. Nach Abschluss des Haushaltsjahres werden die operativen Buchungen für jedes Ressort in den Rechnungen der Einzelpläne (Band 2 der jährlichen Haushaltsrechnung des Bundes) dargestellt. Darüber hinaus werden in Band 1 der Haushaltsrechnung bereichsbezogen und summarisch nach § 85 Nr. 4 Bundeshaushaltsordnung die von den Ressorts gemeldeten Fälle aufgelistet, in denen der Bund auf Einnahmen verzichtet. Hierbei handelt es sich um eine lediglich deskriptive Zusammenstellung der Veränderungen von Ansprüchen des Bundes gegenüber Dritten aus Erlass, Niederschlagung, Vergleichen und Vertragsänderungen im

www.bundesfinanzministerium.de

abgelaufenen Haushaltsjahr, die sich aus dem Verwaltungshandeln ergeben. Darüber hinaus verweise ich auf die in den Bemerkungen des Bundesrechnungshofs mitabgedruckte Stellungnahme des BMF.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Ton

IM WAHLKREIS VON STEPHAN BRANDNER, MDB IST ES NETT.
ABER KOMMEN SIE MAL AN DIE SAALE IN MEINEN WAHLKREIS 195.



Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 21/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Maufwann

KOMMENTAR ZU POLITIK & TAGESGESCHEHEN



24. Mai 23

Messerattacke auf Bent Lund: Mordversuch an einem AfD-Politiker!

Sie bedrohten ihn schon seit längerem. Am Vatertag versuchten sie, ihn mit dem SUV auf dem Motorrad abzudrängen, stellten ihn vor der Wohnung, hielten ihn fest, besprühten ihn mit Reizgas und stachen mit dem Messer auf ihn ein. Nur knapp wurde das Herz verfehlt.

Aber die Staatsanwaltschaft ermittelt nur wegen Körperverletzung.

Täter: Ein irakischer Clan in Schleswig.

Opfer: Der AfD-Kreistagsabgeordnete Bent Lund.

Offenbar ist das auch der Grund, warum das Attentat jenseits der Lokalnachrichten auf kein mediales Interesse gestoßen ist.

Die Geschichte geht aber weiter: Zum Glück hat Lund den Angriff überlebt - schwer verletzt, aber immerhin! Selbst in der Klinik terrorisierten die Täter ihr Opfer. Und sie bedrohen auch seinen minderjährigen Sohn, der Zeuge des Überfalls war. Er wurde in Sicherheit gebracht und wird psychologisch betreut.

Ich sehe in dem ganzen Tathergang alle Kriterien eines Mordversuchs erfüllt und kann die Einschätzung der Staatsanwaltschaft nicht nachvollziehen.

Der Fall sollte in der öffentlichen Debatte dieselbe Relevanz haben, wie seinerzeit die niederträchtige Attacke auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Alles andere ist nur ein Freibrief für politische Gewalttäter!

Quelle u.a. AfD SH vom 21.05.23 "AfD-Abgeordneter in Schleswig niedergestochen!"









Impressionen der Eröffnung meines Bürgerbüros in Pößneck in meinem Bundestagswahlkreis 195.

Nicht nur das herrliche Wetter sorgte für Volksfeststimmung! Fragen und Anregungen nehmen wir gerne entgegen: Michael.Kaufmann.wk@bundestag.de











PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

Mittwoch

Regierungsbefragung mit Verteidigungsminister Pistorius und Gesundheitsminister Lauterbach

- Beide führten kurz ein. B. Pistorius betonte wieder einmal: Wir stehen zur Ukraine und müssen den menschenverachtenden Angriffskrieg Putins beenden natürlich mit Waffen "as long as it takes". Man habe jetzt erst ein "Waffen-Paket über 2,7 Mrd. EUR für die Ukraine geschnürt" (*Mit anderen Worten: geschenkt*) und er kündigte weitere Panzerlieferungen für die Ukraine an. Gleichzeitig soll die Kampfbereitschaft der Bundeswehr hergestellt werden, er bedankte sich für das 100-Mrd.-Sonder(*schulden*)-Vermögen und betonte nochmals das 2%-Etatziel vom BIP für die Rüstungsausgaben.
- Minister Lauterbach, ebenfalls sehr gut vorbereitet, und das Mantra des menschenrechtswidrigen Angriffskrieges durch Russland wiederholend. "Wir versorgen Menschen ohne Arme und Beine und Schwerverletzte", Deutschland leistet zivile Hilfe, incl. Wiederaufbau von hospitaler Infrastruktur. Über Beträge schwieg er. Dann kam er zu den Problemen vor Ort und nahm Bezug auf das Pflege-Stärkungsgesetz, das am Freitag in 2./3. Lesung im Plenum verabschiedet werden wird, das jedoch außer der Anhebung der Beitragssätze und eine gewisse Dynamisierung der Geldleistungen in der stationären Pflege und bei Sachleistungen nur vorsieht, dass künftige Beitragsanhebungen direkt am Parlament vorbei erlassen werden können. Ist das das Demokratieverständnis dieser Bundesregierung? Aber zu diesem Thema am Freitag mehr.
- Man habe das Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung beschlossen, welches die Zuwanderung nicht indigener Menschen erleichtern wird, unter anderem gibt es die Ausstellung der "Blauen Karte EU" auch für international Schutzberechtigte, Erleichterung des Familiennachzugs, Einführung einer "Chancenkarte" auf Basis eines Punktesystems für Personen mit einem ausländischen, mind. zweijährigen Berufs- oder Hochschulabschluss uvm.
- Auf die Frage von Stephan Brandner, AfD nach der Erfassung von Impfnebenwirkungen in der Bundeswehr wurde von Minister Pistorius schwammig bis gar nicht geantwortet. Auch sieht das Verteidigungsministerium keinerlei Veranlassung, die Duldungspflicht für C-Impfungen bei Soldaten aufzuheben.
- Martin Sichert, AfD wollte von Karl Lauterbach wissen, wie er der unerklärlichen Übersterblichkeit des letzten Jahres auf den Grund gehen wolle (etwa 58.000 Menschen mehr, als erwartet).
- Lauterbachs nebulöse Antwort: wir arbeiten daran, es könne auch an verschobenen Behandlungsmaßnahmen während Corona liegen, aber ganz gewiss nicht an Nebenwirkungen der Impfkampagnen.
- Staatliche Intervention durch die staatsgelenkte Energieverknappung war das nächste Thema. Im Kabinett sind 2,5 Mrd. Sonderstütze für die Krankenhäuser als Energiehilfe verabschiedet, die Krankenhäuser warten dringendst auf Auszahlung. Ggf. nimmt das Krankenhaussterben hierdurch künstlich erzeugt Beschleunigung auf, denn die noch ausstehende Krankenhausreform sieht aufgrund von "Qualitätssteigerung" sowieso die Schließung von 1/3 bis fast 50% der Einrichtungen vor.

Die Fragestunde bestritt der parl. Staatssekretär im BM für Umwelt, Naturschutz, Verbraucherschutz, Christian Kühn.

- Durch die Frage von Stephan Brandner erfuhren wir, dass über die Förderrichtlinie "Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels" 78 Projekte gefördert werden, wobei die Kommunen Klimaanpassungsmanager (ohne im Voraus festgelegte Qualifikation) beschäftigen dürfen. Deren Aufgabe ist die Begleitung der Kommunen in neue touristische, klimawandel-angepasste Freizeitkonzepte und worauf wir alle dringend warten: es wird auch ein Klima-Anpassungsgesetz in Kürze geben.
- Auch diese Fragestunde enthielt rhetorische Highlights aufgrund der Schlagfertigkeit von Stephan Brandner: Bei der Frage nach
 den 5 priorisierten Vorhaben im Ministerium, konnte er Frau Künast auf Basis lustiger Zwischengespräche eine Einladung zum
 Kaffeetrinken im JKH übermitteln, anlässlich derer er ihr die Erarbeitung von intelligenten Fragen vermitteln wollte. Tatsächlich
 beabsichtigt das Verbraucherschutz-Ministerium nicht, den Verbraucher durch auffällige Kennzeichnung von Verpackungen auf
 den Verzehr von Ungeziefer aufmerksam zu machen.
- Eine leider weniger intelligente Antwort auf eine Frage von Dr. Rainer Kraft, wie man E-Autos als umweltfreundlich einstufen könne, wo sie doch gerade aktuell hauptsächlich mit Kohlestrom geladen werden, lautete: die Innenstädte werden sauberer, da E-Autos keine Abgase ausscheiden.

Aktuelle Stunde auf Antrag der CDU zum Thema des drohenden Gebäudeenergiegesetzes, dem sog. "Heizungshammer".

- Vielleicht können wir darauf hoffen, wenn alle anderen Skandale diese Regierung nicht zu Fall gebracht haben, dass es wenigstens dieser geplante Raubzug gegen den kleinen Bürger auf den Weg bringt.
- Bekannt ist, dass Bauministerin Geywitz und WiMi Habeck in einem wie auch immer gearteten Zensus das Heizverhalten und alle Energieverbrauchs- und Energieklassen aller Gebäude erheben will, um "Wärmepläne" zu erstellen.



Marc Bernhard in seiner Rede: Es ist doch völlig absurd, dass den Menschen verboten werden soll, mit Gas zu heizen, während die Regierung gleichzeitig 50 Gaskraftwerke bauen will, in denen man mit dreckigem Frackinggas den Strom erzeugen wird, mit dem die Menschen zukünftig heizen sollen. Was für ein Aberwitz! Der Heizungshammer wird jeden einzelnen Bürger ca. 30.000 € kosten, also insgesamt mehr als 2.000 Milliarden €. So wie Graichen jetzt weg ist, muss das Heizungsgesetz weg, es gehört auf den Misthaufen der Geschichte!

Wie alles in diesem Land, so offenbarte auch der Berufsbildungsbericht 2023 (20/6800) der Bundesregierung nur selbst geschaffene Probleme, Versäumnisse und Flickschusterei.

- Es gibt keinen Politikbereich, der von Erfolgen, von erreichten Zielen, von allgemeinem Wohlstand und sozialem Frieden berichten kann. Aber das Schlimme an der ganzen Situation ist, dass wir uns alle daran gewöhnt haben und keiner den jeweiligen Elefanten im Raum mehr anspricht. Da nützen kein "InnoVET Plus", der Innovationswettbewerb für die berufliche Bildung, keine Absenkung von Qualitätsniveaus in Bildung und Studium, oder 500 Mio. € in neue Azubi-Wohnheime.
- Staatssekretär Jens Brandenburg in seiner Rede: Es gibt 2,6 Mio. junge Erwachsene ganz ohne Bildungsabschluss, darunter viele Geflüchtete. Das ist wohl des Pudels Kern.
- Nicole Höchst: "Die Ungelerntenquote für deutsche Staatsbürger ohne Migrationshintergrund betrug im Jahr 2021 10,6 Prozent. Die Quote bei Migranten mit eigener Migrationserfahrung lag bei 38,1 Prozent... Zwei Drittel der Bürgergeldbezieher in Deutschland haben heute einen Migrationshintergrund. Diese zuwandernden Rohdiamanten erweisen sich als etwas völlig anderes, als Sie hier anpreisen, nämlich als Mühlsteine um den Hals unserer ehemaligen Leistungsgesellschaft und Hochkultur. Diese Menschen werden unsere Rente nicht zahlen, meine Damen und Herren." So traurig und so wahr...

Antrag der CDU "Tag des Grundgesetzes am 23. Mai als Gedenktag aufwerten" (20/6903)

- Dieser Schaufensterantrag sollte wohl retten, was irgendwie verloren scheint:
- Von Nationalem Gedenktag ist die Rede, von der Bundesflagge und der Nationalhymne... der ehemaligen Kanzlerin und maßgeblichen Deutschlandabschafferin Angela Merkel würden die Haare zu Berge stehen, ob solcher patriotischer Schmalzorgien ihrer Partei.
- Der Antrag wurde überwiesen in den Innenausschuss.

In erster Lesung wurde der Antrag der AfD "Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern" 20/6901 debattiert

- Der Antrag fordert, den Kommunen ein Vetorecht bei der Zuweisung von Flüchtlingen einzuräumen, und dem Bund weitere Beschränkungen aufzuerlegen.
- Der Ausschuss Bauen, Wohnen, Stadtwesen berät federführend.

Donnerstag

Reformierung des EU-Wahlrechts

- Das EU-Wahlrecht soll reformiert werden und tatsächlich gehen die Forderungen der EU scheibchenweise durch das deutsche Parlament:
- Am 10. Nov. 2022 war der Antrag 20/3499 in dritter Lesung verabschiedet worden, wonach das allgemeine Wahlalter nun auch in Deutschland auf 16 Jahre abgesenkt werden wird.
- Am Donnerstag ging es im Regierungsantrag 20/6821 in erster Lesung darum, die geforderte Sperrklausel von 2% in deutsches Recht umzusetzen.
- Dieser Antrag wird jetzt beraten, und wird in dritter Lesung sogar eine 2/3-Mehrheit aller MdB benötigen.
- Eine zweite Vorlage der Ampel (20/5990) ist eine sog. Stellungnahme, die dem Parlament vorschlägt, die geforderten Reformen des EU-Parlaments zu unterstützen.
- Dieser benötigte keine 2/3-Mehrheit und konnte so von der Ampel gegen alle Oppositionsparteien durchgesetzt werden. Schaffung unionsweiter Wahlkreise und damit ein sog. Spitzenkandidatenprinzip, Wahlalterabsenkung, ein in allen Ländern einheitlicher Wahltag am 9. Mai und eine geschlechterparitätische Besetzung von Wahllisten sind in Kürze unumstößlich.

Wahlen zu Gremien:

- Die AfD stellte folgende Kandidaten auf: Als Vertreter des Bundestagspräsidenten den Abg. Edgar Naujok, als Mitglied des Parl. Kontrollgremiums Jan Wenzel Schmidt.
- Es darf geraten werden, wie die Wahlen ausgingen.



Aktuelle Stunde auf Antrag der Koa: Debattiert wurde der am 19.05. veröffentlichte Entwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

- Die deutsche Staatsangehörigkeit soll nun schon nach fünf oder nur drei Jahren erworben werden können, Zulassung von Mehrstaatlichkeit, Kürzung der Sprachanforderungen für bestimmte Personengruppen und verkürzte Mindestaufenthaltsdauer.
- Gottfried Curio in seiner Rede: Dabei wollen zwei Drittel der Deutschen keine Vereinfachung der Einbürgerung. Die Ampel aber will schnell Fakten schaffen und mit den seit 2015 importierten Ausländern ihre Wahlen steuern.

In erster Lesung wurde der CDU-Antrag "Stärkung der Fusionsforschung auf Weltklasseniveau" (20/6907) beraten.

- Im Jahr 2023 stellt Min. Stark-Watzinger gem. eigenen Aussagen 149 Mio. € über verschiedene Forschungsverbünde für diese
 aussichtsreiche Form der Nettoenergiegewinnung zur Verfügung. Auch über SPRIND wurden bislang schon "schlappe" 50 Mio. €
 in Startups investiert, aber das ist alles zu zaghaft: Deutschland verliert auch in dieser Sparte der Forschung den internationalen
 Anschluss, ganz zu schweigen davon, Vorreiter sein zu können.
- Bei den größten Projekten haben wieder einmal amerikanische kommerzielle Investoren die Nase vorn, so Prof. Michael Kaufmann, AfD in seiner Rede. Am europäischen Projekt ITER ist Deutschland auch nur indirekt beteiligt. Der Hemmschuh in Deutschland ist hauptsächlich die grüne Aversion gegen alles, was mit "Kern" anfängt, so Kaufmann weiter. Und schließlich: Der deutsche Stromimport heute morgen um 8 Uhr betrug mehr als 10 Gigawatt, das verdeutlicht die Sackgasse, in welche uns die Ampel geführt hat.
- Der Antrag wird im Ausschuss für Bildung und Forschung beraten.

Antrag der CDU: "Versorgung von Patientinnen und Patienten mit Long- und Post-Covid sowie Post-Vac-Syndrom jetzt verbessern – Gesundheitliche Pandemiefolgen ernst nehmen" (20/6707)

• Die CDU versuchte mit diesem Antrag, ihre Weste für die unter Ihrer Regierungsbeteiligung verursachten Schäden u.a. durch Ausrufung einer Pandemie, reinzuwaschen. Eine sehr steile These aus diesem Antrag lautet: "Eine Corona-Impfung könne das Risiko, am Post-Covid-Syndrom zu erkranken, stark reduzieren, Nebenwirkungen treten nur in seltenen Fällen auf." Man glaubt manchmal, in komplett unterschiedlichen Welten zu leben.

Die AfD hatte schon vor einem Jahr gefordert: "Impfnebenwirkungen aufklären und ernst nehmen, (20/2567)".

- Somit wiederholte sie Ihre Forderungen mit diesen beiden Anträgen: "Covid-19-Impfschäden ernst nehmen und deren medizinische Behandlung sicherstellen" (20/6912) und "Impfschäden-Hotline jetzt einrichten Betroffene nicht alleine lassen" (20/6913).
- Der Gesundheitsausschuss berät.

Die Linke wollte sich in der Beratung des folgenden Antrags für die Stärkung des individuellen Rechts auf Asyl einsetzen.

- Außerdem noch verpflichtende Grenzverfahren an der Außengrenze abschaffen und den Verweis auf Rückführung in sichere Drittstaaten verhindern.
- Für diesen Antrag lohnt nicht einmal die Nennung der Drucksachen-Nr. Links ist und bleibt keine Alternative.

CDU-Antrag "Russische Wagner-Gruppe jetzt auf die Terrorliste" (20/6908) wurde in erster Lesung beraten.

- Stephan Brandner forderte in seiner Rede zwar Aufklärung über diesen Sachverhalt, aber genauso Aufklärung über das ukrainische Asow-Regiment oder ein US-Militärunternehmen Black Water, das mittlerweile Adacemi heißt.
- Die CDU betreibt wieder einmal ein bisschen Klientel-Politik, seit 2014 hätte sie diese Entwicklung erkennen und benennen können.

Antrag der CDU: "Ausbau von Balkonkraftwerken (20/6905)

- Über den Antrag, der es Mietern ermöglichen soll, steckerfertige Kleinstsolaranlagen ohne Genehmigung des Vermieters anbringen zu können, wird sich der deutsche Michel sehr freuen (Ironie).
- Der Rechtsausschuss berät.

Debatte zum AfD-Antrag "Moratorium der Klimaschutzpolitik und des Übereinkommens von Paris" (20/6915)

- Als folgerichtige Konsequenz aus der Tatsache, dass der sog. menschengemachte Klimawandel nicht wissenschaftlich erwiesen
 ist, und dass alle deutschen wirtschaftsschädlichen und sozial unverträglichen Maßnahmen weltweit sowieso keinerlei Änderung bewirken, ist diese Forderung nur allzu begründet.
- Ein Heizungshammer wäre damit obsolet, die Augenwischerei der Elektromobilität hätte ein Ende und alle könnten sich wieder auf die Selbstheilungskräfte des freien Marktes verlassen.
- Der Antrag wurde zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.



Freitag

Wie anfangs angekündigt, wurde nach 2. und 3. Lesung das Pflegeentlastungsgesetz (20/6544) in namentlicher Abstimmung angenommen.

- 377 Stimmen der Koalition dafür, aber 275 Stimmen der vereinten Opposition dagegen.
- Dabei ist das Gesetz wieder nur Stückwerk, eine echte Reform sieht anders aus, 0,35% Anhebung der Beitragssätze (weitere Belastung der Bürger), aber nur reinen Inflationsausgleich bei Pflegegeld und bei Sachleistungsbeträgen und geringfügige Entlastung der Eigenanteile in der vollstationären Versorgung.
- Aus Sicht der Verfasserin gehört die Stärkung der häuslichen Pflege an die erste Stelle: Niemand versteht seine eigenen Angehörigen besser, es gäbe langfristig keinen Fachkräftemangel mehr in diesem Gewerbe und pflegende Angehörige könnten sich bei angemessener Entlohnung schadensfrei für einen gewissen Zeitraum aus der Hektik von Mehrfachbelastung Beruf, Haushalt, Kindererziehung und Organisation fehlender Pflegezeiten abkoppeln.
- Die Rede Martin Sicherts allerdings nahm auf einen weiteren Aspekt Bezug und ist absolut h\u00f6renswert! https://dbtg.tv/cvid/7554566

Die zweite namentliche Abstimmung des Tages ging um den weiteren bewaffneten Bundeswehreinsatz in Mali, bei der sich auch dieses Mal alle Oppositionsparteien einig waren.

- Trotzdem obsiegte die Koa mit 375 gegen 265 Stimmen.
- Die Kriegsbefürworter sind in der Mehrheit, das wissen wir ja schon.

In erster Lesung debattiert wurde der AfD-Antrag "Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexuellem Missbrauch – Aufarbeitungskommission mit dem Recht zur Aufklärung und Mitwirkung einrichten sowie strafrechtliche Anzeigepflicht für bestimmte Personengruppen einführen" (20/6086)

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend berät.

Die letzte namentliche Abstimmung der Woche erfolgte erneut zum "Thema Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der internationalen Sicherheitspräsenz", nämlich im Kosovo.

- Und auch hier handelt es sich nicht um einen Einsatz im NATO-Gebiet, es existiert kein Verteidigungsfall des Bündnisses, es ist auch keine deutsche Landesverteidigung, die einst gesetzten Ziele des Kfor-Einsatzes wurden nicht erreicht.
- In der Abstimmung ging die CDU dieses Mal mit der Koa konform und erhielt somit 505 Ja gegen 93 Nein-Stimmen.



26. Mai 23

Seit einigen Jahren häufen sich die technischen Durchbrüche in der Forschung an Kernfusionsreaktoren. Diese saubere, sichere und praktisch unerschöpfliche Energiequelle, die ganz nebenbei das Potenzial hat, den gesamten Wahnsinn der so genannten Energiewende überflüssig zu machen, rückt langsam in greifbare Nähe.

Am Donnerstag haben wir im Bundestag über einen Antrag der CDU/CSU debattiert, der die Forschung an der Kernfusion stärker fördern möchte. Soweit so, so gut.

Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Union dieses Thema in 16 Jahren Regierung sträflich vernachlässigt hat.

Die AfD hingegen fordert schon seit Jahren, endlich ausreichend Geld in die Hand zu nehmen, um diese für unsere Zukunft so entscheidende Technologie zur Anwendungsreife zu bringen. Hören Sie hier meine Rede zum Thema Kernfusion:

https://www.facebook.com/watch/?v=266240202530045



27. Mai 23

Ein Foto unseres heutigen AfD-Infostands in Rudolstadt - wie immer ein Treffpunkt in der Fußgängerzone.

Künftige Termine unserer Infostände und Veranstaltungen können Sie der letzten Seite dieses Wochenberichtes entnehmen.

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 22/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

KOMMENTAR ZU POLITIK & TAGESGESCHEHEN



02. Juni 23

Habeck gibt 36 Millionen für Energiespar-Propaganda aus – die AfD wirbt lieber mit guter Politik!

-> Nachzulesen auf AfD Kompakt:

Man konnte sich ihr kaum entziehen, der Kampagne der Ampelregierung zum "Energiewechsel". Im Fernsehen, Kino und Internet lief der einminütige Werbespot, in dem krampfhaft nach allen Vielfalts-Kriterien gecastete Bürgerdarsteller ihre Landsleute zum Runterdrehen der Heizung animieren sollten – "damit wir gut durch den Winter kommen". Knapp 36 Millionen Euro hat die – nicht einmal besonders originelle – Propagandabeschallung gekostet. Das musste das Wirtschaftsministerium jetzt auf eine Anfrage aus der AfD-Bundestagsfraktion hin einräumen. Und in diesem Jahr will "Klimaminister" Robert Habeck noch einmal gut fünf Millionen Steuer-Euro nachkippen! Und das ist längst nicht alles, was die Ampel- und ihre Vorgängerregierung an Werbemitteln verbraten haben, um dem Volke ihre desaströste Politik für gut zu verkaufen. Oder um die Bürger zu erziehen. Vor

allem das Gesundheitsministerium hat – erst unter Spahn, dann unter Lauterbach – Unsummen ausgegeben, damit sich Menschen von anderen isolieren, mit Gesichtsschutz herumlaufen und sich natürlich eine Spritze nach der anderen abholen. Allein 2021 und 2022 waren es weit über einhundert Millionen Euro – pro Jahr! Die "Warn-App" der Bundesregierung, deren Erstellung wahrlich kein Hexenwerk war, wurde mit weiteren zehn Millionen Euro belohnt.

Unzählige weitere Kampagnen gab es, unter anderem zum Mindestlohn, zur Fachkräftesicherung und sogar zum "torffreien Gärtnern". Auch das Bürgergeld wird von Staatspropaganda flankiert. Die Nutznießer sind meistens dieselben: Werbeagenturen, deren Nummern Minister wie Habeck und Lauterbach wahrscheinlich auf der Kurzwahltaste haben. Es ist bezeichnend, dass die Ampelregierung ihre Politik so intensiv bewerben muss. Weil sie einfach schlecht ist. Wir von der AfD würden die unzähligen Steuermillionen lieber in die Bildung, Betreuung und auch den Grenzschutz stecken – und dafür Politik machen, deren Ergebnis Werbung genug ist!



01. Juni 23

Wen wundert es noch?

AfD: 18 % gleichauf mit der Kanzlerpartei. Bestwert in der Sonntagsfrage des ARD Deutschlandtrend: 79 % sind mit der Arbeit der Ampelregierung weniger oder gar nicht zufrieden.

Mannheimer Morgen Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie bei der nächsten Bundestagswahl die Grünen wählen? Gesamt 50- bis 64-Jährige Männer Sehr wahrscheinlich Eher wahrscheinlich Unentschieden 4,9% Eher unwahrscheinlich Ausgeschlossen Speichern Speichern Carrielen 2,5% Repräsentativ (i)

04. Juni 23

Civey

Neueste Umfrage: mehr als zwei Drittel der Wähler würden niemals die Grünen wählen. Gleichzeitig unfassbar: Rund 18 Prozent würden eventuell immer noch die Klimasekte wählen, obwohl deren totalitäre Gesinnung längst für alle offenbar ist.

KOMMENDE TERMINE:









KOMMENDE TERMINE:







Prof. Dr.-Ing.

Michael Kaufmann, MdB www. Kaufmann-Michael. de





www.Kaufmann-Michael.de







y @KaufmannAfD



V.i.S.d.P: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557

